

Der irische Skandal hat einen anderen Namen

von

Heiner Flassbeck

(FTD, 9. Februar 2001)

Man will ein Exempel statuieren. Die irische Regierung soll als erste in Europa auf Empfehlung der Kommission eine offizielle Rüge vom Finanzministerrat bekommen, weil sie nicht in angemessener Weise gegen die Überhitzung der eigenen Wirtschaft vorgeht. Um über 10 % ist Irland, das europäische Wirtschaftswunderland, im vergangenen Jahr zwar real gewachsen, die Zahl der Beschäftigten ist explodiert und der Staat macht hohe Überschüsse. Die will er nun nutzen, um die Steuern noch weiter zu senken. Das aber würde nach Meinung der Kommission und des Wirtschafts- und Finanzausschusses in Brüssel Öl in das Inflationsfeuer gießen, das in Irland scheinbar brennt. Bei über 5 % ist die Inflation im vergangenen Jahr gemessen worden und das hat auch in Frankfurt bei der EZB die Alarmsirenen schrillen lassen.

Daß in dieser Richtung, also hin zu größerer Restriktion und nicht zu mehr Expansion die erste Rüge aus Brüssel für eine (noch) souveräne nationale Regierung kommen wird, das hatte man angesichts der notorischen Angst vor Inflation und der ebenso notorischen Vernachlässigung des Wachstums erwarten können. Daß aber gleich beim ersten Versuch die entscheidenden Gremien und die Kommission als Hüterin der Verträge so offen zu erkennen geben, wie wenig sie von der Ökonomie einer Währungsunion verstehen, muß doch erstaunen. Daß in den wichtigsten Institutionen selbst der gesunde Menschenverstand, der immer nahelegt, daß die Korrektur einer Fehlentwicklung etwas mit ihren Ursachen zu tun haben sollte, offenbar außer Kraft gesetzt ist, muß besorglich stimmen für die Zukunft der gesamten Union.

Drei Faktoren lassen sich ohne weiteres als Ursache für das irische "Wunder" identifizieren. Erstens, Irland hat seit vielen Jahren eine massiv unterbewertete Währung. Die Lohnstückkosten sind in Irland seit der historischen Wende von 1987 (die im Kern einen nationalen Kontrakt zur Mäßigung der Lohnsteigerungen gebracht hatte) fast immer weniger stark gestiegen als im Rest Europas und die irische Währung wurde, solange sie eigenständig, war nie entsprechend der aufgelaufenen Wettbewerbsvorsprünge aufgewertet. Wenn ein kleines aufholendes Land mit hoher Arbeitslosigkeit, wie es Irland in den 80er Jahren war, zu dem Mittel einer Unterbewertung greift, ist das verständlich und zeitweise hinnehmbar. Daß es aber die Politik des politischen Drucks auf die Löhne auch heute noch, bei hoher Beschäftigung und einem hohen Realeinkommen, fortsetzt, ist gegen die Spielregeln einer Währungsunion. Die Währungsunion unter gleichberechtigten Partnern kann nur funktionieren, wenn Phasen der Unterbewertung eines Landes auch einmal eine Phase der Überbewertung folgen kann. Das sollte in Brüssel klar gesagt werden.

Zweitens, Irland hat über viele Jahre mit Hilfe von massiven staatlichen Subventionen für ausländische Investoren seine Standortbedingungen verbessert. Zunächst wurden gar keine Steuern erhoben, dann nur minimale Sätze. Nun wird diese diskriminierende Politik - auch auf Druck der Kommission - allmählich beendet, aber weil es der Staat sich inzwischen leisten kann, werden die Steuern allgemein auf den nur noch symbolisch zu nennenden Satz von 12,5 % gesenkt. Die Diskriminierung gegenüber Inländern ist damit beendet, die allgemeine Subvention nicht. Auch das sollte in Brüssel klar gesagt werden, aber auch das hat nichts mit

Inflation zu tun, sondern mit Steuerdumping, das ebenso wie die allgemeine direkte staatliche Subventionierung auf den Index des Herrn Monti gehört.

Den dritten Faktor hat Brüssel selbst geschaffen und gerade eben für weitere sieben Jahre festgeschrieben. Irland hat in der Vergangenheit weit mehr Hilfen aus Brüssel erhalten als alle anderen Länder. In der Spitze waren es sage und schreibe 4 % des BIP. Ein Land, das so stark aufgeholt hat und trotz extrem niedriger Steuern die höchsten Budgetüberschüsse in Europa aufweist, braucht diese Hilfe nicht mehr. Es kann seine Infrastruktur aus eigener Kraft aufbauen. Das ist der eigentliche irische Skandal: Europa hat in den Verhandlungen zur Agenda 2000 in Berlin im Frühjahr 1999 nicht die Kraft aufgebracht, Irland an der richtigen Stelle in die Schranken zu verweisen. Jetzt Irland wegen angeblicher Inflation zwingen zu wollen, die Budgetüberschüsse durch eine restriktive Finanzpolitik noch zu vergrößern, ohne die Zuschüsse in Frage zu stellen, kann diesen Skandal nur vergrößern.

Kein kleines Land in Europa kann eine Inflationsgefahr für die Union schaffen. Stärker steigende Preise in einer Region, etwa für Grund und Boden, sind nur Ausdruck von Knappheit und spiegeln die notwendige Bewegung der relativen Preise wider. Zur Bekämpfung dessen braucht man weder Geld- noch Finanzpolitik. Können die Löhne in Irland entsprechend der Knappheit am Arbeitsmarkt, der Produktivität und der heimischen Preissteigerung zulegen, ist die monetäre Bremse über eine reale Aufwertung auch in die Währungsunion eingebaut, und die EZB kann Irland getrost vergessen. Den Wettbewerb verzerrende Subventionen müssen auf jeder Ebene beseitigt werden, soll die Union ihren Zweck erfüllen. Brüsseler Rügen für Dublin sind folglich angebracht, die vorgesehene aber ausgerechnet nicht.